

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
H. Möse, Haasenstein & Vogler J. G.
C. J. Paubert & Co., Invalidentenkasse.
Verantwortlich für den
Inseratenheil:
W. Braun
in Posen.
Fernsprecher: Nr. 108.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Nr. 160

Montag, 5. März.

1894

Deutscher Reichstag.

62. Sitzung vom 3. März, 1 Uhr.

Eine Anzahl Petitionen wird gemäß dem Antrage der Kommission zur Erörterung im Plenum für nicht geeignet erklärt. Sodann wird die Beratung des Militäretats fortgesetzt.

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Gröber (Ctr.), bevor in die Beratung des Ordinarius weiter fortgesetzt wird, zunächst in die Beratung des Extraordinarius einzutreten, da die betr. Referenten in der nächsten Zeit verhindert sein würden.

Der Antrag wird angenommen. Im Extraordinarium sind an Forderungen für Kasernen-, Garnisonkirchenbauten, Magazinläufen, sowie für weitere Beschaffung für artilleristische Zwecke im Ganzen abgesetzt: 8385 300 Mark.

Abg. v. Podbielski (kons.): Namens meiner politischen Freunde habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir in Anbetracht der wenig erfreulichen wirtschaftlichen Lage des Landes eine Reihe von Abkürzungen in diesem Etat vornehmen müssen, um wenigstens in dieser Richtung eine Einschränkung des Militäretats vorzunehmen.

Abg. Richter (Freis. Volksp.): Ich will auch nur generell bei diesem Titel erklären, daß wir gewünscht hätten, daß noch mehr Abstriche bei einzelnen Titeln, besonders an einigen Kirchenbauten Kasernenbauten u. s. w. vorgenommen werden. Wenn wir jetzt davon absehen, die in der Kommission abgelehnten Anträge zu wiederholen, so geschieht es einmal mit Rücksicht auf die knappe Zeit bis zum Beginn des neuen Etatsjahres, und dann weil wir die Überzeugung haben, daß die Mehrheitsbeschlüsse hier doch nicht anders ausfallen werden, als die Beschlüsse der Kommission.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff führt aus, daß die Kriegsverwaltung sich durch die vorgenommenen Abstriche sehr bedrückt fühle.

Beim Titel „Zur Erwerbung eines Truppen-Übungsplatzes für das 8. Armee-Korps, sowie zur Errichtung von Baracken 450 000 Mark“ erklärt auf eine Anregung des Abg. Prinz Arenberg (Ctr.) Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff, daß der Platz nicht ausgesucht sei aus strategischen Rücksichten, sondern lediglich aus technischen Rücksichten zur Übung der Truppen. Die Kombinationen der ausländischen Presse namentlich der belgischen, daß dort Befestigungen angelegt werden sollen, seien willkürlich. Die Streitigkeiten, die dergleichen kombinatorischen Strategen dritten oder vierten Grades. (Heiterkeit.)

Der Titel wird bewilligt. Die Forderung „Neubau eines Generalkommando-Dienstwohnungs- und Bureaugebäudes für das 16. Armee-Korps in Metz 14 000 M.“, welche die Kommission zu streichen vorschlägt, beantragt Abg. v. Podbielski (fr.) wieder herzustellen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Der betreffende General (Häsel) will nicht aus Bequemlichkeit eine neue Wohnung, er ist der bedürftigste Offizier in der Armee. Aber er erachtet es für notwendig, daß ein kommandirender General eine angemessene Wohnung hat.

Abg. v. Bennigsen (nat.-lib.) tritt für die Forderung ein, daß tatsächlich ein Bedürfnis vorliegt.

Abg. Richter (Freis. Volksp.): Im Ganzen sind in den ordentlichen Ausgaben des Extraordinarius 37 Millionen Mark ausgegeben, welche auf die Materialbeiträge fallen. Hier von sind nur 2 1/2 Millionen Mark zur Abhebung gelangt. Wenn nun jeder einzelne Titel hier je nach den persönlichen Sozialkenntnissen oder nach dem Interesse, das für die einzelnen Positionen obwaltet, nachgeprüft werden soll, wo sollen wir überhaupt hinkommen? Ich verheie überhaupt die Herren von der rechten Seite nicht, einerseits fielen sie weitgehende Anträge, die Forderungen für kleinere Kasernen, Nebengebäudebauten u. s. w. zu streichen, und hier engagierten sie sich für eine so große Summe. Endlich machen wir darauf aufmerksam, wie schwach das Haus besetzt ist, wir nicht gewillt, einer Zufallsmajorität die Bewilligung anheim zu stellen.

Abg. Frhr. v. Mantuffel: Die letzte Äußerung des Vorredners veranlaßt mich, zu beantragen, diesen Titel von der heutigen Tagesordnung abzuleben.

Das Haus beschließt demgemäß.

Das Extraordinarium wird sonst durchweg nach den Kommissionsbeschlüssen erledigt.

Das Haus kehrt darauf zur Beratung des Ordinarius zurück. Dieselbe beginnt mit dem Kapitel „Militär-Justizverwaltung“.

Dazu liegt folgende, von der Kommission vorgeschlagene Resolution vor: Die Regierungen wiederholt zu ersuchen, nach dem Vorgange der Veröffentlichungen über die allgemeine Kriminalstatistik auch die Veröffentlichung einer Statistik über die von den Militärgerichten abgeurtheilten Straftaten zu veranlassen.

Abg. Dr. Marquardsen (nat.-lib.) spricht die Hoffnung aus, daß nach den gestrigen Erklärungen des Ministers die Reform des Militärstrafprozesses baldmöglichst vorgelegt werde.

Abg. Gröber (Ctr.): Wir vertreten den Standpunkt, daß eine Reform des Militärstrafprozesses, wenn sie modern sein soll, sich auf denselben Boden bewegen muß, wie die Zivilstrafprozessordnung. Wie die Bedenken, die man ehemals gegen die Schwurgerichte hatte, beseitigt worden sind, so werden auch die Bedenken gegen die Öffentlichkeit des Verfahrens im Militärstrafprozess bald weggelassen. Redner tritt sodann für die Resolution ein.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Wenn bei den Vorrednern die Frage durchzukommen scheint, wie wird die neue Militär-Strafprozessordnung beschaffen sein, so wage ich es nicht, das als indiskret zu bezeichnen, aber meine Antwort ist, daß ich, so lange ein Gesetz sich in den Vorstadien der Beratung befindet, darüber schweigen muß. Eines kann ich indes sagen: Sollte ich die Ehre haben, Ihnen dies Gesetz vorzulegen, so kann ich die Indiskretion begehen, Ihnen mitzutheilen, daß es nur ein Entwurf sein wird, der sehr verbürgt, daß wir die Disziplin im Heere erhalten im Kriege, im Frieden und in allen schweren Lagen. Alles andere ist mir Nebensache. (Unruhe links.)

Abg. Benzmann (Freis. Volksp.): Ich bin nicht so bescheiden wie Abg. Marquardsen, daß ich mich durch die gestrige Antwort des Ministers für befriedigt erkläre. In seiner heutigen Rede hat er die gestrige Antwort etwas abgeschwächt. Auch wir wollen die Disziplin im Heere und eine kriegsfähige Armee, aber wir wollen dasjenige auch, was der Armee bisher fehlt: Gerechtigkeit, absolute Gerechtigkeit. Der Wunsch ist doch wohl berechtigt, daß die Regierung sich in einer klareren und bestimmteren Form als gestern über eine Frage äußert, die wir nicht erst seit gestern, sondern schon seit Jahren angeregt haben, nämlich nach welcher Richtung sich die Reform zu vollziehen hat. Ich kann für meine Ausführungen vielleicht eine Legitimation daher nehmen, daß ich längere Zeit Auditor gewesen bin, und nicht am eigenen Körper, wohl aber am eigenen Geiste gefühlt habe, daß die jetzige Militär-Strafprozessordnung viel zu wünschen übrig läßt. Sie datiert aus einer Zeit, wo das glorreiche Jahr 1848, so sage ich, noch nicht durch die Bande hingebraut war. Sie verbannt ihren Ursprung dem Absolutismus, den wir seit langer Zeit Gott sei Dank über- und verwunden haben. Die erste Forderung der Gerechtigkeit ist das öffentliche Verfahren. Die linke Seite des Hauses wird einem Entwurfe nicht zustimmen, der diese Forderung nicht erfüllt. Daß Sie die Öffentlichkeit im gegebenen Falle ausschließen können, ist selbstverständlich. Dazu kommt der Wunsch nach mündlichem Verfahren. Das jetzige Verfahren ist das Herrbild einer Strafrechtspflege. Oder ist es etwas anderes, wenn bei entscheidenden Handlungen, wo über Leben und Tod verhandelt wird, der Angeklagte nicht zugegen ist? Es beginnt sich ja recht an sehr hohem Orte das Interesse für diesen Gegenstand zu regen. Ich erinnere an den Fall, wo jemand zum Tode verurtheilt war, wo es aber in der Zwischenzeit bis zur Exekution der allerbisshinigen Festigung dem Auditor gelang, in einem allerdings nicht im Rahmen der Strafprozessordnung sich bewegenden Verfahren, die völlige Unschuld des Angeklagten zu ermitteln. Das hatte zur Folge, daß Se. Majestät sofort die Freilassung und Wiedereinsetzung in das Amt veranlaßte. Ferner verlangen wir eine strenge Begrenzung der sachlichen und persönlichen Kompetenz der Militärgerichtsbarkeit. Es ist ein Fehler, daß Fälle, die wenig mit der militärischen Disziplin zu thun haben, diesem exceptionalen Verfahren unterstellt sind, und daß es deswegen für manche Leute Mittel und Wege giebt, sich der Satisfaktion zu entziehen, die sie den bürgerlichen Mitbürgern schuldig sind. Sie wissen ja, wie Fürst Bismarck sich dieser Satisfaktion entzogen hat, obwohl er selbst in jedem einzelnen Falle auf lithographirten Formularen Klageanträge stellte, indem er seinen militärischen Charakter vorschob. Hat doch sogar ein Milchplattischer sich den bürgerlichen Gerichten entzogen, weil er seinen militärischen Charakter vorschob. Das Verfahren muß auch zu einem wirklichen Parteiprozess gemacht werden. Jetzt ist der Auditor der Verteidiger und Ankläger, hat aber kein Stimmrecht, sondern nur das Recht, wenn sein Votum von dem der Richter abweicht, zu verlangen, daß Gründe angegeben werden. Auch die Person des Gerichtsherrn muß aus dem Strafprozess verschwinden, das Recht muß wie im bürgerlichen Leben gefunden werden allein im Namen des Staates und Königs. Endlich muß eine richtige Verteidigung eingeführt werden. Jetzt hat der Angeklagte bei nicht sehr schweren Verbrechen gar keine Verteidigung. Wunderbarer Weise unterscheidet man zwischen sehr schweren militärischen und sehr schweren amtlichen Verbrechen. Auch die Rechtsmittel müssen geändert werden. Der Militärbeamte hat die Rechtsmittel, der Soldat nicht. Die Folgen des Mangels an Rechtsmitteln beleuchtet folgender Fall. Man hatte einen Franzosen angeklagt, weil er einem deutschen Deserteur aus Mitleid eine Hofe geschenkt hatte. Das sollte ein Staatsverbrechen sein. Das Kriegsgericht verurtheilte den Mann zu fünf Jahren Zuchthaus wegen dieser menschlichen That, während beide Auditeure Freisprechung verlangten. Der General v. Mantuffel bestätigte das Urtheil, aber in dem Sinne, daß die gesamte Strafe im Wege der Gnade zu erlassen sei. Ich sage mit meinem alten Freunde Mittermeyer: wir wollen Recht und keine Gnade! (Beifall links.) Wir wünschen auch, daß das Gebiet des Beschwerderechts neu berücksichtigt wird. Bei den Beschwerden die zur Kenntniß der Militärverwaltung kommen, mag ja eine Abmüdung erfolgen aber in tausend Fällen wegen die Leute gar nicht sich zu beschweren. Wenn Sie unsere Wünsche nicht erfüllen, dürfen Sie mit Ihrer ganzen Reform zu Hause bleiben. Eine Militärstrafprozessordnung, die die von mir aufgestellten Forderungen nicht erfüllt, werden wir nicht beistimmen. (Beifall links.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Der Vorredner bemängelt die Gerechtigkeit der alten Militär-Strafprozessordnung, sie hat wohl ihre Mängel, darum wollen wir sie ändern, aber sie hat auch genug Proben bestanden, während der Feldzüge und mancher kriegerischen Zeit. Am Gerichtsherrn ist nichts anzufassen. Das wird nach wie vor ein unantastbares Hoheitsrecht der Krone bleiben, wenn Sie darüber beraten und beschließen wollen, dann protestire ich gegen den Eingriff in die Rechte der Krone. (Widerspruch links.) Die Wünsche des Vorredners waren sehr interessant, ob es aber möglich sein wird, das alles zu berücksichtigen, darauf eine Antwort zu geben, erlassen Sie mir wohl.

Abg. Bebel (S.-D.): Ueber die Art des neuen Entwurfs haben die schneidigen Erklärungen des Ministers keinen Zweifel gelassen. Sie stehen ganz im Gegensatz zu der urbanen und bestehenden Art von gestern. Die Vorfälle, die trotz der Geheimniskrämerei der Militärverwaltung in die Öffentlichkeit kommen, haben die öffentliche Meinung lebhaft erregt und bemessen die Nothwendigkeit einer Reform. — Redner führt an die Fälle des Dr. Gradnauer in Dresden und des Generalleutnants Kirchhoff.

Das gegen Gradnauer eröffnete Verfahren erinnere an Zustände der Barbarei. Noch schlimmer ist der Fall des Generals Kirchhoff. Das war ein Mordanschlag. Um

so auffallender ist, daß in einem ganz ähnlichen Falle ein Schneibergeleite hart verurtheilt wurde. Dagegen wurde Kirchhoff nach vierzehn Tagen begnadigt. Was wäre wohl einem tiefer stehenden Manne in einem ähnlichen Falle geschehen! Der General ist noch obenrein mit dem Rothen Adlerorden zweiter Klasse beehrt worden, wahrscheinlich für die Verdienste gegenüber dem Redakteur Harich. Ein Beschluß über das Beschwerderecht soll ein Angriff in die Rechte der Krone sein. Wir nehmen uns ein Recht, darüber zu reden, denn wir tragen die Kosten des Heeres. Was geschieht mit dem Soldaten, wenn er sich ungerecht beschwert? Er wird bestraft. Ebenso wird er bestraft, wenn herauskommt, er hätte sich beschweren müssen. Es muß so gestaltet werden, daß dem Beschwerdeführer nichts geschehen kann. Zahllose Mißhandlungen kommen wegen der mangelhaften Strafprozessordnung und des Beschwerderechts gar nicht zur Kenntniß der Behörden und zur Bestrafung. Nach wie vor mißhandeln die Führer entgegen dem Befehl des obersten Kriegsherrn die Mannschaften in der unmenschlichsten Art. Bezüglich des Falls in Frankfurt, den ich im vorigen Jahre vorbrachte, bedauere ich, ihn aus Grund von Mittheilungen, die sich als falsch herausgestellt haben, vorgebracht zu haben. Redner führt einen Fall in Protoschin an, in dem sich ein Soldat beschwert habe, er habe beim Exercieren einen Stoß gegen das Antlitz bekommen, daß er auf dem Exercierplatz liegen blieb. Der Mann schreibt, nur der liebe Gott — er ist also kein Sozialdemokrat (Zurufe rechts) — könne ihm helfen. Ein ähnlicher Fall ist mir aus Hagenau, einer aus einem sächsischen Regiment berichtet. Im letzten Jahre mußten 24 Mann nach unter die Betten kriechen, der Dummste mußte beten: Gott segne meine Stubia, aus uns wird nichts, Halleluja! Amen! Dann mußten sie auf Kommando schmarren, bis der Unteroffizier müde war. Nach der überreichlichen Armeewelt die deutsche die meisten Selbstmorde auf. Die Furcht vor dem Militärbeamten würde sich in das Gemüth verwandeln, wenn die Leute überzeugt wären, daß sie wohlwollend behandelt würden. Erfreulicherweise hat die Zahl der Selbstmorde seit 1890 abgenommen, nachdem die Sozialdemokratie öffentliche Kritik an diesen Zuständen geübt hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Bronsart: Der Vorredner hat einem Abwesenden gegenüber, der sich hier nicht vertheiligen kann, den Vorwurf des Mordversuchs erhoben. Gegen einen preussischen General ist solcher Versuch noch nie erhoben worden und wird auch nie wieder erhoben werden. (Zustimmung rechts.) Wenn Ihnen (links) Ihre Frau öffentlich beleidigt wird, dann traue ich auch Ihnen das zu, Sie schlagen den Menschen nieder, und dazu haben Sie ein Recht. (Unruhe links.) Der General befand sich in einem Zustande der Nothwehr. Ich vertrete meinen Kameraden hier. Einem solchen Manne bewilligt man mildernde Umstände und vor Allem für den Fall, wo es sich um die Ehre einer deutschen Jungfrau handelt. (Beifall rechts.)

Sächsischer Kriegsminister v. d. Planitz erklärt zu dem Fall Gradnauer, daß dieser Mann in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ ausgeführt habe, er hätte unter den schwierigsten Verhältnissen sich bei seiner Uebung als Unteroffizier der Reserve bemüht, den Sozialismus unter den Leuten zu verbreiten, welche die Bajonette tragen. Deshalb sei er gefänglich eingezogen. Gradnauer sei sofort entlassen, als festgestellt worden, daß er gegen sich selbst unwahre Angaben gemacht habe.

Die Beratung wird nunmehr vertagt.

Persönlich bemerkt Abg. Benzmann (Freis. Vp.): Ich weise den Vorwurf der Uebertreibungen zurück; meine persönliche Ehre steht mir so hoch, wie die des Kameraden des Kriegsministers ihm. Ich kann es verstehen, wenn der Kriegsminister dem Abg. Bebel vorwirft, er verleihe nichts von Kavallerie. Wenn er nun aber sagt, ich verleihe vom Auditorwesen nichts, so sage ich ihm mit derselben konstanten Verbeugung, die dem Kriegsminister eigen ist, daß hätte ich ihm gegenüber nicht gethan. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr (Militäretat).

Schluß 6 1/2 Uhr.

so auffallender ist, daß in einem ganz ähnlichen Falle ein Schneibergeleite hart verurtheilt wurde. Dagegen wurde Kirchhoff nach vierzehn Tagen begnadigt. Was wäre wohl einem tiefer stehenden Manne in einem ähnlichen Falle geschehen! Der General ist noch obenrein mit dem Rothen Adlerorden zweiter Klasse beehrt worden, wahrscheinlich für die Verdienste gegenüber dem Redakteur Harich. Ein Beschluß über das Beschwerderecht soll ein Angriff in die Rechte der Krone sein. Wir nehmen uns ein Recht, darüber zu reden, denn wir tragen die Kosten des Heeres. Was geschieht mit dem Soldaten, wenn er sich ungerecht beschwert? Er wird bestraft. Ebenso wird er bestraft, wenn herauskommt, er hätte sich beschweren müssen. Es muß so gestaltet werden, daß dem Beschwerdeführer nichts geschehen kann. Zahllose Mißhandlungen kommen wegen der mangelhaften Strafprozessordnung und des Beschwerderechts gar nicht zur Kenntniß der Behörden und zur Bestrafung. Nach wie vor mißhandeln die Führer entgegen dem Befehl des obersten Kriegsherrn die Mannschaften in der unmenschlichsten Art. Bezüglich des Falls in Frankfurt, den ich im vorigen Jahre vorbrachte, bedauere ich, ihn aus Grund von Mittheilungen, die sich als falsch herausgestellt haben, vorgebracht zu haben. Redner führt einen Fall in Protoschin an, in dem sich ein Soldat beschwert habe, er habe beim Exercieren einen Stoß gegen das Antlitz bekommen, daß er auf dem Exercierplatz liegen blieb. Der Mann schreibt, nur der liebe Gott — er ist also kein Sozialdemokrat (Zurufe rechts) — könne ihm helfen. Ein ähnlicher Fall ist mir aus Hagenau, einer aus einem sächsischen Regiment berichtet. Im letzten Jahre mußten 24 Mann nach unter die Betten kriechen, der Dummste mußte beten: Gott segne meine Stubia, aus uns wird nichts, Halleluja! Amen! Dann mußten sie auf Kommando schmarren, bis der Unteroffizier müde war. Nach der überreichlichen Armeewelt die deutsche die meisten Selbstmorde auf. Die Furcht vor dem Militärbeamten würde sich in das Gemüth verwandeln, wenn die Leute überzeugt wären, daß sie wohlwollend behandelt würden. Erfreulicherweise hat die Zahl der Selbstmorde seit 1890 abgenommen, nachdem die Sozialdemokratie öffentliche Kritik an diesen Zuständen geübt hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Bronsart: Der Vorredner hat einem Abwesenden gegenüber, der sich hier nicht vertheiligen kann, den Vorwurf des Mordversuchs erhoben. Gegen einen preussischen General ist solcher Versuch noch nie erhoben worden und wird auch nie wieder erhoben werden. (Zustimmung rechts.) Wenn Ihnen (links) Ihre Frau öffentlich beleidigt wird, dann traue ich auch Ihnen das zu, Sie schlagen den Menschen nieder, und dazu haben Sie ein Recht. (Unruhe links.) Der General befand sich in einem Zustande der Nothwehr. Ich vertrete meinen Kameraden hier. Einem solchen Manne bewilligt man mildernde Umstände und vor Allem für den Fall, wo es sich um die Ehre einer deutschen Jungfrau handelt. (Beifall rechts.)

Sächsischer Kriegsminister v. d. Planitz erklärt zu dem Fall Gradnauer, daß dieser Mann in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ ausgeführt habe, er hätte unter den schwierigsten Verhältnissen sich bei seiner Uebung als Unteroffizier der Reserve bemüht, den Sozialismus unter den Leuten zu verbreiten, welche die Bajonette tragen. Deshalb sei er gefänglich eingezogen. Gradnauer sei sofort entlassen, als festgestellt worden, daß er gegen sich selbst unwahre Angaben gemacht habe.

Die Beratung wird nunmehr vertagt.

Persönlich bemerkt Abg. Benzmann (Freis. Vp.): Ich weise den Vorwurf der Uebertreibungen zurück; meine persönliche Ehre steht mir so hoch, wie die des Kameraden des Kriegsministers ihm. Ich kann es verstehen, wenn der Kriegsminister dem Abg. Bebel vorwirft, er verleihe nichts von Kavallerie. Wenn er nun aber sagt, ich verleihe vom Auditorwesen nichts, so sage ich ihm mit derselben konstanten Verbeugung, die dem Kriegsminister eigen ist, daß hätte ich ihm gegenüber nicht gethan. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr (Militäretat).

Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung vom 3. März, 11 Uhr.

Das Haus führt in der zweiten Etatsberatung bei dem Kultusetat fort.

Abg. Dr. Sattler (nat.-lib.) polemisiert in persönlicher Weise gegen den Abg. Stöcker, dessen Organ gestern wie Orgelton und lebensschaffend geklungen habe, ohne daß er sachlich mehr sagte, als früher schon Graf Limburg gesagt hatte, und gegen den Abg. Borsch, der sich in der Rolle eines Kultusministers in einem katholischen Staate hineingedacht zu haben scheint. Das Sperrgelbdergeßel war von den Freunden Stöckers gebilligt, wie konnte er da von einer Demüthigung der liberalen Gesetzgebung reden durch das Sperrgelbderhebungsgesetz? Warum hat Herr Stöcker seinen Wunsch, das Volksschulgesetz noch in dieser Session vorgelegt zu sehen, nicht vor den Wahlen ausgesprochen? Damals hat man uns von konservativer Seite versichert, daß auf diese Forderung verzichtet werden würde. Wir haben mit der konservativen Partei wichtige Kulturaufgaben zu lösen, das wurde gekürt durch das Volksschulgesetz; da nahm die Krone eine weise Stellung ein und hinderte einen weiteren, erbitterten Streit der Parteien. Nun begünstigt der Reichstag mit seinem Handelsvertrage das Zentrum, damit es ein ganzes Register seiner Wünsche hier vortragen kann. Neu waren sie nicht, die katholische Presse hatte sie ja wiederholt mitgetheilt. Daß dabei zahlreiche Unrichtigkeiten in den thatsächlichen Angaben untergelaufen sind, ist bereits mitgetheilt. Das Ideal der katholischen Kirche besteht darin, den Kampf mit der evangelischen Kirche auf märklichem Sande auszukämpfen (Lachen im Centrum), wenn auch nur mit geistigen Waffen. Ihre Stellung zum paritätischen Staate ist eben eine Kampfesstellung. Verlangen Sie Schonung Ihrer Gefühle, so schonen Sie auch die unferigen durch Fernhaltung Ihrer Reden, die doch nur zur Be-

Kämpfung des Protestantismus dienen sollen. Die Konfessionen an die Polen beim Sprachunterricht sind Fehler, eine unruhige, unzufriedene Bevölkerung führt sich glücklicher unter einer gerechten Regierung, wenn sie auch streng ist. Die Wünsche der Polen sind nicht zu befriedigen. (Beifall.)

Abg. **Andrzej** ist erfreut von dem Bestreben des Ministers, auch nicht studierte Schulmänner zu den höheren Ämtern zu verwenden; Rechner hat sich in diesem Sinne — leider vergeblich — auch bei der Berliner Stadterverwaltung bemüht. Die polnischen Konfessionen hält er vollständig für begründet und zwar sowohl schulpflichtig wie politisch. Angesichts der Parteiverhältnisse im Hause bittet er den Minister dringend, ein neues Schulgesetz jetzt nicht zu bringen. Dagegen bittet er den Minister dafür zu sorgen, daß die Lehrer bei den Beratungen der Schul-Deputationen zugezogen werden und eine bestimmte Erklärung in dieser Richtung abzugeben.

Minister **Dr. Boffe**: Meine Meinung habe ich über den letzten Punkt mehrfach ausgesprochen; es ist mir aber lieb, wenn die städtischen Behörden in diesem Punkte ein selbständiges Entgegenkommen zeigen. Auch in Berlin, hoffe ich, wird es gelingen, den Wünschen der Lehrer auf Beteiligung an der Schulaufsicht entgegenzukommen. Ueber die Frage, ob die Lehrer Sitz und Stimme im Schulvorstande haben sollen, habe ich mich schon früher geäußert. Ich habe in einem Zirkular an die Schulaufsichtsbehörden ausgesprochen, daß es mein dringender Wunsch ist, den Lehrern in den Schulvorständen Sitz und Stimme zu gewähren. Ich bin dazu bewogen worden durch sachliche Gründe und durch die Rücksicht darauf, daß es beinahe im ganzen Deutschen Reich der Fall ist; in 21 deutschen Staaten haben die Lehrer einen gesetzlichen Anspruch auf stimmberechtigte Mitgliedschaft in den Schulvorständen. Bei uns in Preußen besteht dieser gesetzliche Anspruch bereits in Hannover und im Regierungsbezirk Wiesbaden. Mit Gewalt und mit einem Male läßt sich diese Maßregel im ganzen Staate nicht durchführen. Ich bemerke dabei, daß von mir für Berlin die Anregung gegeben worden ist, den Lehrern erweiterte Befugnisse in Bezug auf die Schulaufsicht zu geben. Dabei wird die Frage, ob die Lehrer in die Schuldeputation kommen sollen, zur Erörterung gelangen, und es wird mir zur Freude gereichen, wenn diese Erörterungen zu einem alle Theile befriedigenden Abschlusse kommen.

Abg. **Johannsen** (Däne) führt Beschwerde, daß in Nordschleswig die Schulpflicht noch nicht gesetzlich geregelt sei.

Minister **Dr. Boffe** giebt zu, daß in Nordschleswig die Schulpflicht anders geregelt ist als bei uns, hebt aber hervor, daß während seiner Amtszeit keine Beschwerde an ihn gelangt sei, er werde die Beschwerde des Abg. Johannsen prüfen.

Abg. **Graf Limburg-Sturum** (kons.) erklärt, Abg. Stöcker habe ganz im Sinne der konservativen Partei gesprochen. Die Agitation gegen den Jüdischen Entwurf sei zum Theil künstlich gewesen. Auch die Konservativen hätten nicht für denselben geschwärmt, aber sie hätten die Möglichkeit eingesehen, auf der Grundlage jenes Entwurfs etwas Geeignetes schaffen zu können. Wenn in dieser Legislaturperiode ein Schulgesetz vorgelegt werde, dann werde sicher eine Einigung erzielt werden, da sich in allen Parteien die Frage geklärt habe. Ein Dotationsgesetz ohne Volksschulgesetz könne nicht zu Stande kommen. Damit müßten auch die Volksschullehrer rechnen. Die Konservativen ständen im prinzipiellen Gegensatz zu den neuesten Maßnahmen in der polnischen Sprachenfrage und würden sich diesen widersetzen, so lange sie könnten. Für daraus fließende finanzielle Forderungen seien sie nicht zu haben. Man benötigte nicht, das Deutschthum zu schädigen, aber eine Schädigung des Deutschthums werde sicher eintreten. Ganz so sei es auch in der Reichspolitik, wo der Reichskanzler die wohlwollendsten Erklärungen für die Landwirtschaft abgebe und mit seinen Handlungen das Gegentheil erreiche. (Beifall rechts.)

Abg. **Dr. Porich** (Chr.) erklärt, ihm hätten die Konservativen leid, wenn sie in der Vertragspolitik ebenso unrecht hätten, wie in der Polenpolitik. (Unruhe rechts.) Das Centrum sei durch eine Reihe sehr wichtiger Fragen zusammengeschwießt. Hierin ruhe die Einheit des Centrums, so verschiedene wirtschaftliche Auffassungen auch vorhanden seien. (Beifall im Centrum.)

Abg. **Dr. v. Seydebrand** (kons.) behauptet, die polnischen Kinder könnten ebenso gut den deutschen, wie den polnischen Katechismus lesen, da sie genau dasselbe drin. Überschriften sei so stark mit Deutschen durchsetzt, daß es nicht nötig sei, dort einen polnischen Beisitzer zu durchzuführen.

Abg. **Dr. Dietrich** (Chr.) wendet sich gegen das Vermögensverwaltungsgesetz, das den Grundbesitz der katholischen Kirche nicht entspreche. Die liberale Schule sei eine Gefahr für unser öffentliches Leben.

Abg. **Schröder** (Pole) bemerkt, man solle in den polnischen Landbeständen nicht einen Unterricht einführen, bei dem sich Lehrer und Schüler nicht verstehen. Es gebe nichts Konservativeres, als die Erhaltung des Religionsunterrichts in der Muttersprache. Deshalb müsse die vom Minister in Aussicht genommene Maßregel auch auf Westpreußen und Oberschlesien ausgedehnt werden.

Abg. **Graf Ballestrem** (Centrum) befürwortet Ausdehnung der Sprachenverfügung des Ministers mindestens auf Oberschlesien. Der Religionsunterricht kann auf der Unterstufe nicht in polnischer Sprache erteilt werden, weil die Lehrer des Polnischen nicht mächtig sind. (Sehr richtig! im Centrum.) Der Religionsunterricht kann nur dann das Herz und Gemüth des Kindes ergreifen, wenn er in der Muttersprache auch auf der Oberstufe erteilt wird. (Sehr wahr! im Centrum.) Der Staat hat dafür zu sorgen, daß dem Kind dies Recht gewahrt bleibt. Es ist ein Irrthum, wenn man meint, die Kinder lernen in der Schule Deutsch. Jeder fünfzehn- bis sechzehnjährige Arbeiter kann bei uns in Wort mehr, noch schlimmer ist es bei den Mädchen. Die Männer lernen während der Dienstzeit mehr Deutsch, als in der Schule. (Sehr richtig! im Centrum.) Wenn unsere polnischen Landleute in der Kirche polnische Prediger hören, dann können sie gar nicht der sog. national-polnischen Agitation verfallen. (Sehr richtig! rechts.) Es giebt gar keine solche nationale Agitation, das nationale Moment ist dabei nur ein Deckmantel für die agrarisch-kommunistische Bewegung. (Beifall.)

Minister **Boffe**: Ich kann nicht in Aussicht stellen, die Verfügung auf Oberschlesien auszudehnen, weil die Verhältnisse dort ganz anders liegen, als in Polen. (Zurufe im Centrum: Gar nicht!) Es mag sein, daß das Nationale ein Deckmantel ist, aber das national-polnische Moment birgt große Gefahren für das Deutschthum und die staatlichen Interessen. Solchen Bestrebungen müssen wir mit Energie entgegenreten. Es wird dafür gesorgt werden, daß genügend Lehrer vorhanden sind, die Polnisch verstehen. Ich werde das Hochpolnische nicht nach Oberschlesien hineintragen. (Beifall rechts.)

Abg. **v. Puttkamer-Plauth** (kons.) legt seine Besorgnisse gegenüber der Verfügung des Ministers dar. Er fürchte, daß in absehbarer Zeit der ganze Osten polonisiert sei. (Sehr richtig! rechts.) Die Konfession, daß die Staatsbürger polnischer Zunge in den Regimentern ihrer Provinzen bleiben dürfen, lasse befürchten, daß wir schließlich eine polnische Armee haben. (Heiterkeit.) Der Politik, welche die Polen selbst gegenüber der Regierung einschlagen, treten die Konservativen entgegen. Wenn die Polen jetzt entgegen den Interessen ihrer Wähler Stellung nähmen, so sei das auch ein

Schritt in der eigenthümlichen Politik, die sie stets eingeschlagen hätten. (Beifall rechts.)

Abg. **Fehr. v. Schnatten** (Chr.) verlangt Genehmigung zur Errichtung konfessioneller Friedhöfe in Rheinland.

Abg. **Bröde** (kons.) spricht seine Genehmigung über den Standpunkt aus, den der Minister in der Dissidentenfrage eingenommen habe.

Die Berathung wird nunmehr vertagt.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr (Antrag Bachem, betr. Ergebnisse des Wahlgesetzes, Etats der Staatsschuldenverwaltung, der Finanzverwaltung, der Anstaltungskommission).

Deutschland.

□ **Berlin, 4. März.** [Der Fall Kirchhoff.]

Der Reichstag wird sich über den Fall Kirchhoff morgen noch weiter zu unterhalten haben. Die ungewöhnliche Auffassung von vermeintlicher Nothwehr und Selbsthilfe, wie sie der Kriegsminister zum Befremden der ganzen linken Seite des Hauses bekundete, kann unmöglich unwidersprochen bleiben. Herr von Bronsart hat mit dem Gewicht seiner Autorität als Minister Ansichten vertreten, die man ihm als Militär vielleicht nachsehen kann, wenn er sie im engeren Kreise seiner Berufsgenossen privatim äußern sollte. Die Erregung des Generals Kirchhoff ist menschlich so begreiflich gewesen, daß es wohl Niemanden giebt, der nicht in seinem eigenen verzehrenden Mitgefühl eine Entschuldigung für die That dieses hartgeprüften Mannes fände. Aber wir kennen noch etwas Höheres als die leidenschaftliche sittliche Empörung eines Einzelnen über die ihm widerfahrne Unbill, und dies Höhere ist das Gesetz, der feste Damm gegen die Willkür in jederlei Gestalt. Das Tragische in der That des Generals Kirchhoff will seine Sühne haben, und die ist ihm und uns nicht gewährt worden. Gesezt, daß Herr von Bronsart Recht mit seiner Frage hätte, ob es nicht jeder Andere, dem die Braut oder die Frau oder die Tochter beschimpft worden, ebenso wie der General Kirchhoff machte — zugegeben sogar, daß viele Andere es wirklich ebenso machten, so bleibt darum nicht weniger bestehen, daß solche Thaten bestraft werden müssen. Das Gefühl des Thäters selber wird die Strafe verlangen. Seine That bekommt erst — mitten in ihrer Auflehnung gegen Staatsgesetz und Menschenfugung — ihre höhere sittliche Rechtfertigung dadurch, daß er sich bewußt bleibt, in einer verzweifelter Sache des subtilsten Empfindens für Ehre den Kampf mit der Rechtsordnung des Staates aufgenommen zu haben. Wer vorweg weiß, daß ihm nichts geschehen wird, der hat es ja unendlich bequem, sein Mithchen am Gegner zu kühlen, und dasjenige, was in die Sphäre eines schweren Gewissenskonflikts erhoben werden sollte, würde damit auf das Niveau des Kaufboldwesens herabgedrückt werden. Etwas unvermeidliches oder vielmehr für unvermeidlich Gehaltenes, von Ehre und leidenschaftlicher Empfindung Gebotenes begehen und dann die Strafe auf sich nehmen, das erst rückt solche harten Zusammenstöße zwischen Rechtsordnung und individuellem Thun ins Rechte. Wir haben zu dem General Kirchhoff das Vertrauen, daß er bei seiner That jeden Gedanken an etwaige Straflosigkeit geradezu als einen häßlichen Flecken auf der Leidenschaftlichkeit seiner damaligen Gemüthsverfassung abgelehnt hätte. Seine Existenz hat er im ganzen Umfange an die Wiedergewinnung seiner Familienehre, wie er sie verstand, setzen wollen. Die Aufgabe des Staates und der berufenen Hüter seiner Rechtsordnung wäre es gewesen, das ganz selbstverständliche Gefühl nicht bloß der öffentlichen Meinung, sondern auch zweifellos des Generals Kirchhoff selber, daß Strafe sein müsse trotz der Entschuldigbarkeit der Handlung, nicht in die schlimmsten Zweifel an der Sicherheit der Rechtsordnung umzuwandeln. Bestanden solche Zweifel schon, so sind sie durch die Rede des Kriegsministers bis zum Unerträglichen gesteigert worden. Wir wiederholen, es ist nicht unsere Absicht, die Handlungsweise des Generals Kirchhoff zu kritisieren und etwa die anderen Wege anzugeben, die er zur Erlangung ausreichender Genugthuung hätte beschreiten sollen. Was er gethan und wie er es gethan, das ist aus seiner Persönlichkeit herausgefließen, und es mußte genommen werden, wie es war, sobald es die einzige Pflicht des Gerichtshofs blieb, das strenge Recht walten zu lassen. Der Kriegsminister sagte am Sonnabend im Reichstage, er habe in den Zeitungen nirgends angegeben gefunden, wie sich General Kirchhoff hätte verhalten sollen. Aber darauf kommt es ja gar nicht an, sondern das, was jetzt in den Vordergrund tritt, ist nicht der Fall Kirchhoff in seiner menschlichen Besonderheit, sondern die Stellung, die der Minister dazu nimmt. Es ist das Faustrecht schlechtweg, das uns nicht bloß entschuldigt, sondern empfohlen wird. Die Frage ist berechtigt, wo denn dieses Faustrecht Halt machen soll. Schon reklamieren es die Sozialdemokraten für mißhandelte Soldaten, und ein anderer Fragesteller macht mit Zug und Recht darauf aufmerksam, daß mancher Abgeordnete, der ja für Neuerungen im Parlament nicht beflagt werden kann, von angeblich Beleidigten mit dem Revolver bedroht werden könnte. Ja, mancher Minister, den man nicht vor Gericht bringen kann, damit er dort etwaige Beleidigungen verrete, müßte derselben angenehmen Ueberraschung gewärtig sein. In einer für die Vereinigten Staaten verlegenden Weise pflegt man solche Zustände „amerikanische“ zu nennen. Das sind sie nicht, und die Nation jenseits des Ozeans würde sich dieses Eingeständnisses schämen, daß ihre Rechtsordnung, ihre Gesetze und deren Handhabung, nicht hinreichen, für erlittene Ungebühr Strafen zu erzwingen. In den Urzuständen des gesellschaftlichen Chaos mochte auch in den Vereinigten Staaten der Revolver seine Rolle spielen. Heute thut er es nicht mehr, und wir bedanken uns dafür, daß er bei uns zu einer inappellablen Instanz in der Prozeßordnung werde.

W. B. **Riel**, 4. März. Der König von Schweden sandte an die Prinzessin Heinrich 700 Mk. für die Hinterbliebenen

der auf der „Brandenburg“ Verunfallten. Bisher sind beifammtlichen Sammelstellen etwa 60 000 Mk. eingegangen.

Parlamentarische Nachrichten.

W. B. **Berlin**, 3. März. Die Reichstags-Kommission zur Berathung des Handelsvertrages mit Rußland nahm heute Artikel eins, welcher den Angehörigen der beiden Kontrahenten die Niederlassung und den Handels- und Gewerbebetrieb in den gegenseitigen Gebieten zusichert mit den den Inländern zustehenden Rechten mit 13 gegen 8 Stimmen an. Ferner wurden Artikel 2 bis 6 und 8 bis 12 inll. angenommen. Die Berathung des Artikels 7, welcher Bestimmungen über die Verzollung enthält, wurde ausgesetzt. Schließlich wurden die ersten 18 Artikel des Schlussprotokolls genehmigt.

Oesterreich-Ungarn.

W. B. **Wien**, 3. März. Im Valuta-ausschusse des Abgeordnetenhauses betonte der Finanzminister Dr. v. Bener, die gegenwärtige Vorlage sei nicht überhürzt, sondern im Wesentlichen zwischen beiden Regierungen schon in den ersten Monaten des vergangenen Jahres vereinbart worden. Die prinzipiellen Einwendungen gegen die Einlösung der Staatsnoten überhaupte seien, nachdem die Währungsgeetze im Jahre 1892 beschlossen worden, nicht mehr zu erörtern, sondern es müsse mit der gesetzlich angeordneten Einlösung der Staatsnoten begonnen werden. Der Finanzminister trat der Behauptung entgegen, daß das zur Einlösung bestimmte Quantum Staatsnoten zu groß sei, denn man könne mit Recht erwarten, daß das gesammte bereits beschaffte Goldquantum zur Einlösung verwendet werde. Das Tempo sei nicht zu rasch, weil die Aktien thatsächlich bis zum Jahre 1898 dauern werde. Ferner erklärte der Finanzminister, die Einlösung eines Theiles der Staatsnoten gegen Silbernoten widerstreite nicht dem Gesetz vom Jahre 1892; durch die Minderwerthigkeit der Silbermünzen werde keine Verschlechterung der Währungsverhältnisse eintreten. Der Minister wies hierbei auf Frankreich und Amerika hin. Die Besorgnis vor Falschmünzern sei bei dem Silbernotenumbeugnis, auch in Frankreich und Deutschland nehme die Falschmünzerei der kleinen Silbermünzen nicht überhand. Hinsichtlich der Einlösung der Staatsnoten auf den Geldumlauf müsse die Erfahrung abgewartet werden. Die Reaktierung bedürfe einer gewissen Patience, um nach Bedarf Nachschüsse oder Restriktionen vorzunehmen und das Quantum der einzulösenden Fünf- oder Fünfziggulden-Noten zu bestimmen. Der Vorbehalt betreffend das Recht der Regierungen, das bei der österreichisch-ungarischen Bank hinterlegte Gold zurückzugeben, sei nur aus Noth und formell aufgestellt worden; die definitive Regelung des Gegenstandes habe bei der Erneuerung des Bankprivilegiums zu erfolgen. Die Auffassung, daß die Regierungen die Goldbestände beliebig von der österreichisch-ungarischen Bank zurückfordern oder eine plötzliche Umkehr oder Ableitung der bisher eingehaltenen Währungspolitik ermittelten wollten, liege der Regierung vollkommen fern. Der Minister betonte die Gefahren, falls von dem im Jahre 1892 beschlossenen Wege abgegangen würde, Niemand könnte eine Verantwortung hierfür übernehmen.

W. B. **Wien**, 3. März. Wie die „Pol. Corresp.“ aus Rom meldet, fand anlässlich der jüngsten Durchreise des Kaisers durch italienisches Gebiet ein Austausch von überaus herzlichen Depeschen zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige von Italien statt.

W. B. **Villach**, 3. März. Bei der heutigen Reichsrathswahl wurde der Deutschnationale Steinwender mit 577 von 746 Stimmen wiedergewählt.

W. B. **Jungbunzlau**, 3. März. Gestern Abend wurde im Mittelthore der hiesigen Dekanatskirche eine Bombe aufgefunden. Dieselbe enthielt in einer mit Hader und Draht umwickelten Glasflasche zwei Sprengpulverpatronen und feines Schießpulver. Die Zündschnüre waren vor der Explosion erloschen.

W. B. **Prag**, 4. März. Die am Freitag Abend im Mittelthore der Dekanatskirche in Jungbunzlau aufgefundenene Bombe war genau so beschaffen, wie die am letzten Mittwoch vor dem Wenzels-Vorschusskassengebäude aufgefundenene, nur fehlte die Gypsverklebung.

W. B. **Pest**, 4. März. Wie die „Budapest. Corresp.“ meldet, konferirte der Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, gestern Vormittag mehrere Stunden mit dem Ministerpräsidenten Dr. Wekerle. Abends wurden die Besprechungen fortgesetzt.

Pest, 3. März. [Abgeordnetenhaus.] Präses (Unabhängigkeitspartei) interpellirte den Ministerpräsidenten Dr. Wekerle, ob er Kenntnis davon habe, daß die ungarischen Regimenter, nach Sprache und Nationalität gruppiert, neue Dislokationen erhalten sollen. Der Ministerpräsident erwiderte, er werde sich über diese Angelegenheit informieren, müsse aber schon jetzt erklären, daß bei dem Kriegsministerium die Tendenz, die ungarische Sprache durch irgendwelche Gruppierung in den Hintergrund zu stellen, absolut ausgeschlossen sei. (Lebhafter Beifall.)

Italien.

W. B. **Rom**, 3. März. Das „Bolletino delle finanze“ meldet die Ankunft einiger Direktoren und Delegirten der Hauptbanken Deutschlands zur Herbeiführung eines definitiven Beschlusses über die Gründung eines Kreditinstitutes unter Mitwirkung deutscher Kapitalien. Die Verhandlungen seien ursprünglich eingeleitet worden, um für die Wiederaufrichtung der „Banca generale“ und des „Credito mobiliare“ Sorge zu tragen. Gegenwärtig habe dem „Bolletino delle finanze“ zufolge der Plan, ein neues unabhängiges Institut zu gründen, die meiste Aussicht auf Verwirklichung. Hinzugefügt wird, der Vertreter der „Berliner Handelsgesellschaft“ Winterfeldt habe heute eine Besprechung mit dem Finanzminister Sonnino gehabt.

Frankreich.

W. B. **Paris**, 3. März. Heute Vormittag fanden zwölf Hausdurchsuchungen bei Anarchisten statt; eine Anzahl Schriftstücke wurde beschlagnahmt, sieben Verhaftungen wurden vorgenommen.

W. B. **Paris**, 4. März. Heute früh nahm die Polizei dreizehn weitere Verhaftungen von Anarchisten vor, wobei zahlreiche anarchistische Zeitschriften und Brochüren beschlagnahmt sowie bei mehreren der Verhafteten mit Pulver und anderen Explosivstoffen gefüllte Bomben entdeckt wurden.

W. B. Paris, 3. März. [Deputirtenkammer.] Am Präsidentialen Dupuy. Belletan begründete seinen Antrag, in welchem er Dupuy auffordert, die 8000 Frs. Subvention zurückzahlen, welche er zur Zeit als er Minister des Innern war, an Ducret, den Redakteur der "Gacette", nach seiner Verurteilung in der Norton-Angelegenheit gegeben hatte. Der Redner tadelt den Gebrauch, welcher von den geheimen Fonds gemacht wurde, die dazu gebient zu haben schienen, die Umtriebe Ducret's zu bezahlen. (Lärm.) Dupuy fordert die Kammer auf, den Redner ruhig zu hören. Belletan verlangt die Dringlichkeit für seinen Antrag. Habert wirft Develle vor, daß er den Deputirten und Journalisten nicht davon Mitteilung gemacht habe, daß die Schriftstücke Nortons gefälscht waren. Develle erklärte, er habe dies den dabei Interessirten gegenüber gethan. Merx stellt das in Abrede. Die Dringlichkeit wurde mit 286 gegen 126 Stimmen abgelehnt. Pascal Groussot brachte im Namen der Sozialisten eine Resolution ein, in welcher Dupuy aufgefordert wird, seine Entlassung zu nehmen. (Lebhafte Proteste.) Hierauf wurde die Vorfrage verlangt, welche unter großem Lärm mit 348 gegen 63 Stimmen beschloffen wurde. Im weiteren Verlauf der Sitzung richtete Cochin eine Interpellation an die Regierung über das Verbot der Ausstellung kirchlicher Embleme in St. Denis. Der Unterrichtsminister Spuller rechtfertigte die Gefährlichkeit der Haltung der Wundtpolitik, findet sie aber tyrannisch. Die Regierung sollte tolerant sein, sie dürfe nicht in der gegenwärtigen Stunde eine Politik der Aufbegehr treiben. (Lebhafte lärmende Unterbrechungen.) Auf einen Zwischenruf Goblets erklärte Spuller, der Papst sei in seinen Augen aller Hochachtung würdig und besitze eine hohe moralische Autorität. Brisson tadelt hierauf die Haltung Spuller's als eine Erniedrigung und erklärte, die Republik verteidige sich nur gegen erbitterte Gegner. Der Ministerpräsident Casimir Perier erklärte, es wäre unwürdig, eine engbrüstige beunruhigende Politik hinsichtlich der Katholiken zu führen. Die weltliche Autorität sei flegelisch aus dem Kampfe gegen die religiöse Autorität hervorgegangen. Die Regierung werde den Rechten des Staates Achtung zu verschaffen wissen, aber sie werde bemüht sein, die Ursachen des Zwistfalls zu beseitigen. (Lebhafte Beifall.) Die Regierung bedürfe mehr als je einer starken Majorität, die ihr die Kraft gebe mit Autorität zu sprechen, wenn sie außerhalb der Kammer spreche. Goblet warf der Regierung vor, mit den Katholiken herrschen zu wollen. Die Kammer nahm schließlich mit 302 gegen 119 Stimmen eine von Casimir Perier acceptirte Tagesordnung an, in welcher das Vertrauen ausgesprochen wird, daß die Regierung die republikanischen Gesetze aufricht erhalten und die Rechte des Vaterslandes verteidigen werde. Die Sitzung wurde hierauf aufgehoben.

Großbritannien und Irland.

W. B. Windsor, 3. März. Der Premierminister Gladstone nebst Gemahlin, welche im Schlosse übernachtet hatten, begaben sich heute Nachmittag mittels Sonderzuges nach London zurück. In ihrer Begleitung befanden sich drei Minister und der Privatsekretär der Königin, Ponsonby. Letzterer fuhr sofort nach der Wohnung Lord Roseberys. Gladstone wurde sowohl bei der Abfahrt von Windsor wie bei der Ankunft in London von einer zahlreichen Volksmenge enthusiastisch begrüßt.

W. B. London, 3. März. Der Premierminister Gladstone hat seine Demission eingereicht, welche die Königin jedoch noch nicht formell angenommen hat. Die Königin wird die Annahme der Demission voraussichtlich am nächsten Montag schriftlich mittheilen. Unterdessen finden in London weitere Verhandlungen statt. Nachdem der Privatsekretär der Königin, Ponsonby, am Nachmittag Lord Rosebery einen Besuch abgestattet hatte, konferirte Gladstone ebenfalls mit Rosebery, welcher jedoch noch nicht von der Königin berufen worden ist. — Rosebery dürfte bei Annahme der Premierminister-Würde das Auswärtige Amt niederlegen, welches Spencer oder Kimberley übernehmen dürfte. Es gilt fast als sicher, daß Morley den Posten als Staatssekretär von Irland niederlegen und einen höheren Posten im Cabinet, eventuell den Posten des Staatssekretärs für Indien erhalten wird.

W. B. London, 3. März. Zum Nachfolger Gladstones wird von einer großen Mehrheit des Unterhauses Rosebery befürwortet wegen dessen geschickter Leitung in den Auswärtigen Angelegenheiten und wegen der von ihm bewiesenen Sorgfalt bei Wahrung der Interessen des Reiches. Die Antiparnelliten unterstützen ebenfalls die Premierchaft Roseberys. Die Parnelliten bekämpfen dagegen dieselbe auf das Heftigste und zeihen Gladstone des Verraths an der irischen Sache. Die "Daily News" weist die Behauptung Laboucheres zurück, daß der Rücktritt Gladstones den Anhängern überraschend gekommen sei und fügt hinzu, der Schritt sei lange beabsichtigt und bereits viel besprochen worden. — Es verlautet allgemein, Gladstone selbst habe die Premierchaft Roseberys empfohlen, welchen alle Mitglieder des Cabinets unterstützen würden, ausgenommen vielleicht Harcourt, dessen Haltung ungewiß sei. Die Wahl Kimberleys zum Premierminister wird nicht für thunlich erachtet, weil derselbe keine Majorität für sich gewinnen dürfte.

W. B. London, 3. März. Die "St. James Gazette" glaubt, der Rücktritt Gladstones bedeute den Zerfall der unter dem Namen Gladstonische Partei vereinigten Gruppen. Es werde Lord Rosebery schwer fallen, ein Einigungsband zu finden. — Die "Ball Mall Gazette" fragt, was aus Homerule werde, wenn Gladstone fort sei; nur Gladstone und Morley seien wirklich von der Nothwendigkeit von Homerule überzeugt; die anderen Minister hätten sich nur zur Unterstützung der Homerulevorlage verpfichtet, ohne von deren Nothwendigkeit überzeugt zu sein. Es erscheine als wahrscheinlich, daß Homerule endgültig fallen gelassen werde. Die Situation sei seit Monaten eine unmögliche, die Nachfolger Gladstones könnten den Folgen derselben nicht entgehen. — "Globe" meint, Lord Rosebery könne den Posten eines Premierministers kaum übernehmen, ohne sich der Mitwirkung Harcourts, dessen Abfall die baldige Auflösung des Parlaments herbeiführen würde, zu vergewissern. — Die "Westminster Gazette" beklagt die feindselige Haltung eines Theiles der radikalen Partei gegen Rosebery und empfiehlt auf das Wärmste, daß sämtliche Gruppen der liberalen Partei einmütig zusammenstehen, da sonst die Partei zerstückelt werde.

W. B. London, 4. März. Die Königin hat, wie amtlich gemeldet wird, das Entlassungsgesuch Gladstones genehmigt. Die Stellung des Premierministers wurde Rosebery angeboten, welcher dieselbe bereits angenommen hat.

— Die Königin wird morgen hier eintreffen und Lord Rosebery im Buckingham-Palast in Audienz empfangen. — Der "Observer" erklärt, Lord Rosebery nehme den Posten des Ministerpräsidenten nur widerstrebend an; er würde vorgezogen haben, das Portefeuille des Auswärtigen zu behalten und gäbe nur den von allen Seiten an ihn gerichteten Bitten nach, um eine schwere Krise von der liberalen Partei abzuwenden.

Posen.

Posen, 5. März.

WB. Herr Nikolaus Rothmühl hat am Sonnabend mit der meisterhaften Durchführung der Rolle des Vasco in Meyerbeers "Afrikanerin" sowohl als Sänger wie als Darsteller wieder einen allgemeinen Erfolg errungen. Er hat aus dem schwankenden Charakter eine feste Gestalt herauszuarbeiten vermocht; er hat in Vasco weniger den lyrischen Liebhaber, als den heldenmüthigen Eroberer, der sein Ziel stets fest im Auge behält, betont. Indem wir uns vorbehalten, auf diese vorzügliche künstlerische Darstellung noch einmal speziell zurückzukommen, möchten wir jetzt auf die heut Abend stattfindende erste diesjährige Aufführung der "Jüdin" von Halevy hinweisen, in welcher der geschätzte Gast den Cleopatra spielen wird, eine Rolle, welche stets zu den Glanzleistungen der hervorragenden Tenoristen gehört hat, und in der Herr Rothmühl wohl reichliche Gelegenheit finden wird, seine meisterhafte Vollenbung als dastellender Künstler zur besten Geltung zu bringen.

* Unterverbandsstag der Freiwilligen Feuerwehren. Am gestrigen Tage war hier selbst Delegirten-Versammlung des Verbandes Freiwilliger Feuerwehren der Provinz Posen im Dümke'schen Saale zur Durchberatung der aufgestellten Statuten. Nachmittags 3/4 Uhr besichtigten die Herren die Feuerwache in der Marktstraße und ließ Herr Stadtbaurath Gruber verschiedene Uebungs-Exercitien, Rettungs-Manöver mit dem Rutschschiff vorführen. Daran schloß sich eine Fahrt mit dem Mannschaftswagen und einer Dampfspritze um den Capleaplatz herum und wurden bei der Rückkehr Spritzenübungen mit der Dampfspritze geübt, ebenso Manöver mit einer anderen Dampfspritze im Abproben und Tragen der Mäskchen.

* Provinzial-Aktienbank. Die diesjährige ordentliche General-Versammlung der Aktionäre der Provinzial-Aktienbank des Großherzogthums Posen hat vorgestern hier stattgefunden und verlief wie folgt: Die Anwesenden verzichteten auf Verlesung des gedruckt vorliegenden Geschäftsberichts pro 1893 und genehmigten die Vertheilung einer Dividende von 5% Proz. = 82.50 M. pro Stück, welche laut Statut vom 1. Mai ab zur Auszahlung gelangt. — Die vier ausstehenden Mitglieder des Aufsichtsrathes, die Herren Ober-Ingenieur Benemann, Kommerzienrath Herz, Rentier G. Kronthal, Justizrath Orgler wurden auf vier Jahre wieder und Herr Meßner Moritz Jassitz auf zwei Jahre neu gewählt. — Zu Revisoren, welche die Bilanz für 1893 mit den Büchern zu vergleichen und nach Richtigfinden die Direktion zu entlasten haben, wurden die Herren Kaufleute Hugo Brondnig, Ludwig Wahnheim und Wilhelm Wolff gewählt. — Die Direktion wurde ermächtigt, die nach Ablauf der Prälufisfrist zur Einlösung angekauften Banknoten einzulösen. — Die Tagesordnung war hiernächst erledigt. Derturnen waren 262 Aktien mit 48 Stimmen.

p. Ueberfahren. Auf dem Alten Markt wurde am Sonnabend Abend eine alte Arbeitsfrau von einer Droschke überfahren. Die Näher gingen der Frau so unglücklich über den Leib, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Auf Veranlassung der Polizei wurde die Leiche nach dem städtischen Krankenbause geschafft. Den Droschkentritzer soll keine Schuld treffen. Der Name der Verunglückten konnte erst gestern ermittelt werden. Die Frau heißt Marie Sostak.

p. Eine Schlägerei entstand am Sonnabend Abend in einer Schänke auf der Breslauerstraße, wobei die Polizei zur Hilfe geholt werden mußte. Verletzungen sind nicht vorgekommen.

p. Aus dem Polizeibericht. Verhaftet wurden vorgestern 11 Bettler, drei Obdachlose, ein Arbeiter von St. Roch wegen Kartoffeldiebstahls, ein Schuhmacher wegen fortgesetzter Ruhestörung auf der Wallstraße und Widerstands gegen die Staatsgewalt, ein Dienstmädchen, das ihrem Herrn, einem hiesigen Fleischermeister, Geld und Fleischwaaren entwendet hatte ein Arbeiter, der bringend verdächtigt ist, einer Frau verschleudertes Bettzeug im Werthe von 23 Mk. gestohlen zu haben, ein Arbeitsbursche, der die Pferdebahnpassagiere an der Ecke der Berliner- und Victoriastraße belästigte, ein Baderleibling wegen Unterschlagung und ein Arbeiter, welcher sich mit mehreren Strolchen auf dem Wilhelmplatz umtrieb, Unfug verübte und den Promenadenwächter mit Steinen bewarf.

p. Verhaft. 4. März. Bei einer über Nacht vorgenommenen Revision der Nachtwächter wurde einer in einer Laube schlafend aufgefunden. — Gestern gelang es der Polizei, einen Diener zu verhaften, welcher in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend seinem Herrn, einem Gutsbesitzer bei Protoschin, unter Mitnahme verschiedener Kleidungsstücke aus dem Dienst entlaufen war.

Aus der Provinz Posen.

v. Inowrazlaw, 3. März. [Lebendig verbrannt.] Die Frau des Arbeiters Sewandowski fiel gestern Nachmittag, wahrscheinlich in Folge sinnloser Trunkenheit, in ihrer Wohnung, Alchhoffstraße 14 hier, gegen den Ofen, so daß ihre Kleider sofort Feuer fingen. Ein durch den Brandgeruch aufmerksam gewordener Feuer drang in die Wohnung ein und fand zu seinem Entsetzen die Frau, ganz in Flammen stehend, auf dem Ofen liegen. Der Knabe warf das unglückliche Weib auf den Fußboden und löschte die Flammen; doch hatte die Frau so furchtbare Brandwunden erlitten, daß sie kurze Zeit darauf verschied. Frau Sewandowska, die stets viel Schnaps getrunken haben soll, hinterläßt 2 Kinder, 1 Knaben und 1 Mädchen.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 4. März. Heute Vormittag 10 Uhr traf der Dampfer "Margarethe" von Pillau hier ein; die Schiffsahrt ist wieder eröffnet.

Dresden, 3. März. Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft eröffnete heute wieder ihre Fahrten auf der Elbe.

Petersburg, 3. März. Staatsrath Timirjaseff ist heute Abend nach Berlin abgereist.

Paris, 4. März. Aus Montevideo wird gemeldet: Da die beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern für die Präsidentenwahl nicht vorhanden war, so wurde die Wahl auf Montag vertagt. In der Bevölkerung herrscht Unruhe; gerüchtele verlautet, Stewart würde provisorisch die Präsidentenschaft behalten und Herrera das Portefeuille des Krieges übernehmen. — Nach Meldungen aus Rio de Janeiro hat Pelgato den Belagerungs-

zustand bis zum 30. April verlängert. Nach den bisherigen Wahlergebnissen aus den Provinzen ist eine republikanische Majorität zu erwarten. — Nach weiteren Meldungen aus Rio de Janeiro sind die Gefangnisse angefüllt mit wegen politischer Vergehen Verurtheilten. — Das Kriegsschiff "Niteroy" ist in Bahia zu dem Geschwader Pelgotos gestochen. Die Bevölkerung von Santos ist den Aufständischen günstig gestimmt, letztere nähern sich der Stadt, die jedoch für unannehmbar gehalten wird.

Kopenhagen, 4. März. Der Finanzausschuß des Folkething genehmigte den geforderten Betrag für die Vertheilung Dänemarks an der Kunststheilung der Weltausstellung in Antwerpen. Dagegen lehnte der Ausschuß wie früher die in Verbindung mit den provisorischen Gesetzen stehenden Forderungen ab.

Christiania, 3. März. Der König hat die Demission des Ministers des Innern, Thorne, angenommen und zum Nachfolger den ehemaligen Minister Birch-Neidenwald ernannt.

Bukarest, 3. März. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer entkräftete der Kriegsminister in einer von wiederholtem Beifall begleiteten Rede die in den letzten beiden Sitzungen von dem liberalen Deputirten Zleva vorgebrachten Ausführungen über den Austritt von Kavallerieoffizieren aus der Armee. Der Kultusminister, welcher darauf sprach, verlas ein Schreiben eines höheren Offiziers, in welchem auf die glänzende Laufbahn des Generals Vahovary und auf die von Ioan Bratiano und von der liberalen Regierung über denselben ausgesprochene schmeichelhafte Beurtheilung hingewiesen wird.

Sofia, 3. März. Wie verlautet, hat die Pforte in der vorgestrigen Sitzung der Delegirten der Abtretung der Eisenbahnlinie Bellova-Saremby an Bulgarien zugestimmt. Es bleibt somit lediglich die Entschädigungsfrage zwischen Bulgarien und der Betriebsdirektion der orientalischen Eisenbahngesellschaft zu regeln.

Cetinje, 3. März. Die Meldung serbischer Blätter, daß die Regierung von Montenegro dem gegenwärtigen serbischen Regime gegenüber eine feindselige Haltung einnehme, wird von dem hiesigen Amtsblatt für völlig unbegründet erklärt. Die Regierung stehe allen Parteiveränderungen in Serbien vollständig unparteiisch gegenüber und wisse jede gegentheilige Darstellung als Uebelwohlen und nutzlose Herausforderung zurück.

Rio de Janeiro, 3. März. Die Wahlen sind in der größten Ruhe verlaufen. Mit großer Majorität sind Prudente de Moraes zum Präsidenten und Manoel Victorino Pereira zum Vizepräsidenten der Republik gewählt worden.

Wien, 5. März. Gestern Vormittag fand die gemeinsame Ministerkonferenz in Angelegenheiten des österreichisch-russischen Handelsvertrages statt. Es nahmen an derselben theil Minister des Auswärtigen Graf Kalnoky, Ministerpräsident Fürst Windischgrätz, Ackerbauminister Graf Falkenhayn, Finanzminister Dr. v. Plener, Handelsminister Graf Wurmbrand, sowie Ministerpräsident Dr. Wellerle, Ackerbauminister Bethlen und Handelsminister v. Lutzky.

London, 5. März. Gestern Nachmittag fand die erste Sitzung des neuen Cabinets unter Vorsitz Roseberys statt. Letzterer theilte der Königin telegraphisch mit, daß das neue Cabinet vollzählig sei und nannte die Namen der neuen Mitglieder des Cabinets: Lord Kimberley Minister des Auswärtigen, Morley Minister für Indien, Herbert Gladstone Chef der Abtheilung für Irland, Sir W. Harcourt wird dem Vernehmen nach seinen früheren Posten behalten und die Führung der Liberalen im Unterhause übernehmen.

Madrid, 4. März. Meldungen aus Maracech zufolge wurden die Unterhandlungen zwischen Martinez Campos und dem Sultan beendet. Marocko wird demnach eine Entschädigung von 20 Millionen Pesetas zahlen.

Bern, 5. März. Bei der gestrigen Volksabstimmung wurde der neue Artikel der Bundesverfassung, durch welchen dem Bundesrath freie Gesetzgebung auf dem Gebiete des Gewerbewesens verliehen werden sollte, abgelehnt.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1894.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
3. Nachm. 2	761,3	WS stark	zieml. better	+ 9,1
3. Nachm. 9	761,7	WS schwach	better	+ 9,2
4. Morgs. 7	761,1	SW l. Zug	wolkig	- 1,1
4. Nachm. 2	758,2	S schwach	zieml. better	+ 8,0
4. Nachm. 9	754,4	S leicht	bedeckt ¹⁾	+ 4,2
5. Morgs. 7	752,7	WSW mäßig	bedeckt ²⁾	+ 3,1

¹⁾ Abends schwacher Regen. ²⁾ Nachts Regen.

Niederschlagshöhe in mm am 5. März Morgens 7 Uhr: 2,2.

Am 3. März Wärme-Maximum + 9,3° Cel.

Am 3. " Wärme-Minimum + 0,4° "

Am 4. " Wärme-Maximum + 8,5° "

Am 4. " Wärme-Minimum - 1,8° "

Fonds- und Producten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* Berlin, 3. März. [Zur Börse.] Der Verlauf der heutigen Börse zeigte von Neuem, daß der Grundton der Tendenz ein entschieden fester ist und daß auch erheblich ungünstige Einwirkungen, wie z. B. die fortgesetzte Flaute der italienischen Werthe, auf die Dauer die Tendenz nicht alteriren. Schwankungen sind naturgemäß häufig und schon durch die technischen Verhältnisse an der Börse bedingt, wo immer noch das Gros der Umsätze auf Impulse der Spekulation zurückzuführen ist; das Privatpublikum theilt sich langsam am Geschäft. Auch heute entwickelten sich somit unter vielen Schwankungen feste Kurse; selbst Kreditaktien, die Wien verlaufen, zogen an. Mehr aber die lokalen Bankaktien, voran Diskonto-Antheile, daneben Deutsche und Darmstädter Bank. Am Montanmarkt blieben die Kurse im Ganzen stabil, wenigstens die Eisenwerthe, die zeitweilig sogar anzogen; Kohlenaktien schwächten sich leicht ab. Mehr Leben bewies heute entschieden der Transport-Aktien-Markt. Die deutschen Bahnaktien setzten auf Gewinnrealisirungen schwach ein; später zogen aber sowohl Ostpreußen und Marlenburger wie Gronauer wieder

Hamburg, 3. März. Ratier. (Schlußbericht) Good average per März 81³/₄, per Mai 80, per Septbr. 76³/₄, per Dezbr. 72³/₄.

Telephonischer Börsenbericht.

Die Regulierungsspreize wurden festgesetzt: für Roggenmehl auf 15,60 Mk. per 1000 Kilo, für Spiritus 70er auf 35,50 Mk. per 10 000 Liter Proz. (N. Z.)

Berlin, 4 März. Wetter: Schön.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Köchel) in Rosen.